

An alle Ämter, Institute und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen**Handlungsanweisung des Rechnungsprüfungsamtes zur Prüfung von Vergaben**

Das RPA ist nach § 103 Abs. 1 Nr. 8 Gemeindeordnung NRW verpflichtet, Vergaben zu prüfen. Vergaberegelnungen finden sich in verschiedenen Dienstanweisungen und teilweise (veraltet) in der ADA. Bedingt durch das Konjunkturpaket II wurden Prozesse bei der Prüfung von Vergaben verändert. Der „AK Vergabe“ unter der Federführung des Rechtsamtes entwickelt zzt. mit den beteiligten Dienststellen und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen neue Vergaberegelnungen.

Da das Konjunkturpaket II nun beendet ist, wird die Handlungsanweisung des RPA vom 27.04.2009 aufgehoben. Damit gelten für die Übergangszeit bis zum Erlass neuer Regelnungen im Vergaberecht die nachfolgenden Vorgaben.

Wesentlich ist, dass ab dem 01.06.2012 wieder zu einer Prüfung der Vergaben vor Auftragserteilung übergegangen wird.

1.

Alle Vergaben oberhalb bzw. ab Erreichen der EU-Schwellenwerte nach den Bestimmungen der VOL, VOB, VOF und alle sonstigen Vergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte nach der VOL, VOB sowie alle Auftragserteilungen von Architekten- und Ingenieurleistungen und sonstige freiberufliche Leistungen ab **25.000 EUR (netto)** sind dem RPA vor der Beauftragung zur Prüfung vorzulegen.

2.

Alle Freihändigen Vergaben ab **5.000 EUR (netto)** sind dem RPA vor Beauftragung zur Prüfung vorzulegen.

3.

Alle Nachträge mit einem Wert von 20% und mehr gegenüber der ursprünglichen Beauftragung oder einem Wert größer **50.000 EUR (netto)** sind dem RPA vor Beauftragung zur Prüfung vorzulegen.

4.

Alle Schlussrechnungen ab **25.000 EUR (netto)** für die unter 1. genannten Beauftragungen sind dem RPA vor Begleichung zur Prüfung vorzulegen.

5.

Bei Zuwendungsmaßnahmen sind zusätzlich die im Förderbescheid vorgegebenen Regelungen und Wertgrenzen zum Vergaberecht und zur Testierung zu beachten. Bei Zuwendungsmaßnahmen, die vom RPA zu testieren sind, muss das Verfahren vorher vereinbart werden.

Beanstandet das RPA eine Vergabe und können Differenzen nicht ausgeräumt werden, ist eine verwaltungsinterne Klärung, ggf. durch das Rechtsamt oder den Verwaltungsvorstand, herbeizuführen. Erst nach verwaltungsinterner Klärung der Sachlage kann die Vergabe dem jeweiligen Betriebsausschuss vorgelegt werden. Keinesfalls sollte es im Ausschuss zu einer Diskussion über unterschiedliche Bewertungen innerhalb der Verwaltung kommen.

Über diese Regelung hinaus wird das RPA weitere Vergabevorgänge – unabhängig von der Auftragshöhe – im Einzelfall prüfen.

Kluge

14 Kluge, 2240

11.07.2012

3161DuisburgSportESDWBD-AöR30 z. Kts.**Handlungsanweisung des Rechnungsprüfungsamtes zur Prüfung von Vergaben vom
30.05.2012**

In der o. g. Handlungsanweisung ist unter Nr. 3 eine Regelung zur Übersendung von Nachträgen an das RPA aufgenommen.

Im letzten Arbeitskreis Vergabe am 05.07.2012 wurde mit den Vergabestellen besprochen, dass die Formulierung wie folgt zu ändern ist:

„Alle Nachträge mit einem Wert von 20% und mehr gegenüber der ursprünglichen Beauftragung UND einem Wert größer 50.000 EUR (netto) sind dem RPA vor Beauftragung zur Prüfung vorzulegen.“

Damit soll sich die Übersendung von Nachträgen an das RPA auf wesentliche Nachträge reduzieren. Die eventuelle Verpflichtung zur Einholung von Mehrkostenbeschlüssen ist davon unberührt.

Weiterhin weise ich darauf hin, dass das RPA die zur Prüfung übersandten Unterlagen nach einem internen Stichprobenverfahren prüft. Insofern wird zukünftig auf den Vergabeunterlagen durch das RPA vermerkt:

- geprüft, keine Bedenken
- geprüft, Bedenken, s. beigefügten Vermerk
- nicht geprüft

Kluge